Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 24. April 2012
Ausgabe 078
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **4**
› Bürgermeister Monatzeder ab Anfang Mai wieder im Dienst 4
› Glückwünsche für Dr. Otto Braun-Falco zum 90. Geburtstag 4
› Senioren bringen Münchner Kinder zum Strahlen 4
› Vollversammlung des Behindertenbeirats 6
› Sport und Spiel in den Münchner Parks und in der Fußgängerzone: Fest zur Saisoneröffnung 6
› Beratungshaus Paul-Heyse 20 am 26. April geschlossen 7
› Vortrag „Obligatorische Kontrolle in der Gebäudeentwässerung“ 7
› Projekt „Narration/Affekt/Diskurs“ in der lothringer13_halle 8
Kommunalreferat in eigener Sache **9**
› Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken 9
Antworten auf Stadtratsanfragen **11**
› Einsparungen bei städtischen Druckerzeugnissen 11

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **14**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 25. April, 9.15 Uhr,
Seniorenbeirat, Burgstraße 4, Besprechungsraum 200, 2. Stock
Plenumssitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat „Mobil-sein durch technische Unterstützung" von Dr. Helga Pelizäus-Hoffmeister und Dr. Martina Wolfinger, Universität der Bundeswehr München.

Wiederholung
Mittwoch, 25. April, 17 Uhr,
Städtisches Berufliches Schulzentrum, Astrid-Lindgren-Straße 1
Die beiden städtischen Berufsschulen für Finanz- und Immobilienwirtschaft und Rechts- und Verwaltungsberufe veranstalten anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Städtischen Beruflichen Schulzentrums an der Astrid-Lindgren-Straße eine Podiumsdiskussion zum Thema „Das duale System der Berufsausbildung – ein Vorbild für die Bildungspolitik". Es diskutieren die Mitglieder des Bayerischen Landtages Markus Blume (CSU), Martin Güll (SPD), Simone Tolle (Bündnis 90/Die Grünen) und Renate Will (FDP), Stadtschulrat Rainer Schweppe, Daniela Ruhdorfer-Ritt, stellvertretende Leiterin der Aus- und Fortbildung bei der Landeshauptstadt sowie als Vertreterin der ausbildenden Betriebe, Andreas Krampe von der Stadtsparkasse München und Hermann Brem von der SKW Schwarz – Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft in München. Nähere Informationen unter der Telefonnummer 2 33-4 18 50.

Wiederholung
Mittwoch, 25. April, 19 Uhr,
Festsaal des Löwenbräukellers am Stiglmaierplatz
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Jahreshauptversammlung der Haus+Grund München – Interessenvertretung der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer.

Donnerstag, 26. April, 16 Uhr, Müllerstraße 14
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich der Einweihung der neuen Räume des schwulen Kommunikations- und Kulturzentrums Sub e.V. in der Müllerstraße.

Donnerstag, 26. April, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl empfängt die bürgerschaftlich engagierten Münchnerinnen und Münchner, die im Jahr 2011 mit der Auszeichnung „München dankt" geehrt wurden. „München dankt" ist eine über alle Tätigkeitsfelder des Bürgerschaftlichen Engagements reichende einheitliche Anerkennung, mit der die Landeshauptstadt München den ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern dankt.

Freitag, 27. April, 11 Uhr, Turnhalle des Städtischen Sophie-Scholl-Gymnasium, Karl-Theodor-Straße 92
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Festveranstaltung zum 50. Jubiläum des Einzugs des Städtischen Sophie-Scholl-Gymnasiums in das Schulgebäude an der Karl-Theodor-Straße und die dabei erfolgte Namensgebung Sophie-Scholl-Gymnasium.

Freitag, 27. April, 14 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Vollversammlung des Behindertenbeirats der Landeshauptstadt München.
(Siehe auch unter Meldungen)

Freitag, 27. April, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Auszeichnung der acht bayerischen Preisträger im bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz", den das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in der Bundeszentrale für politische Bildung ausgeschrieben hatte. Nach der Begrüßung durch Oberbürgermeister Christian Ude stellt der Leiter der BfDT-Geschäftstelle Dr. Gregor Rosenthal die Arbeit des Bündnisses vor. Im Anschluss überreichen die BfDT-Beiratsmitglieder Dr. Max Stadler, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Justiz, und MdB Gabriele Fograscher die Urkunden. Ausgezeichnet werden der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz, Arzberg *(Projekt „Die Mädchen von Zimmer 28")*, die Evangelische Jugend, München *(Projekt „Internationale Jugendbegegnung Dachau")*, das Bündnis für Zivilcourage, Hof *(Projekt „Die Hofer Region ist bunt nicht braun")*, der TSV Maccabi, München *(Projekt „Music for Goals")*, der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., München *(Projekt „Willkommen in Deutschland! – Ein Wegweiser für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge")*, die AG Medizin und Menschenrechte, Erlangen *(Projekt „Medizinische Flüchtlingshilfe Erlangen")*, das Gräfenberger Sportbündnis, Weißenohe *(Projekt „Fairness, Respekt und Toleranz im Sport")* und das Fränkische Bildungswerk für Friedensarbeit e.V., Nürnberg *(Projekt „Werte machen Kinder stark - das WIR-Projekt")*.

Freitag, 27. April, 19.30 Uhr, Prinzregententheater
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum 6. Münchner Aidskonzert. Es spielt das Münchner Kammerorchester unter der Leitung von Alexander Liebreich.

Meldungen

Bürgermeister Monatzeder ab Anfang Mai wieder im Dienst
(24.4.2012) Bürgermeister Hep Monatzeder wurde am Montag, 23. April, letztmalig operiert. Die orthopädische Nachsorge-Operation war die sechste Operation nach seinem Unfall und ist zur vollsten Zufriedenheit verlaufen. Zur stationären Nachsorge muss Bürgermeister Monatzeder nun noch bis einschließlich Freitag im städtischen Klinikum bleiben. Weitere Nachsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen erfolgen in den kommenden Wochen ambulant. Seine Amtsgeschäfte im Münchner Rathaus wird der 3. Bürgermeister am 2. Mai wieder aufnehmen.
Anfang April wurde Bürgermeister Monatzeder in seinem Erholungsurlaub unverschuldet in einen Verkehrsunfall verwickelt und erlitt eine Schulter-, Schlüsselbein- und Rippenfraktur sowie eine Wundinfektion. Seit Ostermontag wird er im städtischen Klinikum München behandelt.

Glückwünsche für Dr. Otto Braun-Falco zum 90. Geburtstag
(24.4.2012) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Dr. Dr. h.c. mult. Otto Braun zum bevorstehenden 90. Geburtstag: „Ich nehme Ihren Ehrentag gerne zum Anlass, Ihnen für Ihr jahrzehntelanges klinisches und wissenschaftliches Wirken in unserer Stadt aufrichtig zu danken. Als bedeutende Fachkapazität haben Sie maßgeblich zum Ruf Münchens als Stadt der medizinischen Wissenschaft und Forschung beigetragen. Zahlreiche nationale und internationale Ehrungen und Auszeichnungen, darunter auch die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens“ in Gold, die Ihnen im Jahr 1992 verliehen wurde, zeugen von Ihren hohen Verdiensten. Für die kommenden Jahre wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit, Glück sowie persönliches Wohlergehen und hoffe, Ihnen mit dem beigefügten Weinpräsent eine Freude zu bereiten.“

Senioren bringen Münchner Kinder zum Strahlen
(24.4.2012) Die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder und das Sozialreferat der Landeshauptstadt München starten einen gemeinsamen Aufruf an alle Seniorinnen und Senioren: Werden Sie krea(k)tiv!

Für ein Kinderlachen braucht es nicht viel, das beweist die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder bereits seit über 16 Jahren. Dank zahlreicher Spenderinnen und Spender ermöglicht die von der Stiftungsverwaltung des Sozialreferats geleitete Institution bedürftigen Kindern und Jugendlichen aus der Landeshauptstadt unbeschwerte Ferien. Im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen hat sich das Sozialreferat der Landeshauptstadt gemeinsam mit der Stiftungsverwaltung etwas Besonderes ausgedacht: einen Kreativwettbewerb für Münchner Seniorinnen und Senioren zu Gunsten Münchner Kinder.

Kreativ werden für Münchner Kinder – Einsendeschluss 15. Juni

Gesucht sind drei weihnachtliche Motive, die ab Oktober 2012 in Form von Weihnachtskarten zu Gunsten der Stiftung verkauft werden sollen. Pro verkaufte Karte kommen 50 Cent direkt und ohne Verwaltungskosten den Münchner Kindern zugute. Egal ob gemalt oder gezeichnet, Fotografie oder Collage, das Sozialreferat freut sich auf zahlreiche Einsendungen von engagierten Seniorinnen und Senioren, die zu Gunsten der Münchner Kinder aktiv kreativ werden wollen.

Alle Einsendungen sind zu senden an: Sozialreferat der Landeshauptstadt München, Stelle für Bürgerschaftliches Engagement, z.Hd. Isabell Dillmann, Orleansplatz 11, 81667 München. Oder per E-Mail an wettbewerb@muenchnerkinder.de.

Die Teilnahmebedingungen sind in den Flyern zu finden, welche den Wettbewerb begleiten und in verschiedenen städtischen Einrichtungen ausliegen, oder online unter *www.muenchnerkinder.de* und *www.muenchen.de/engagement.*

Telefonisch steht Isabell Dillmann von der Stelle für Bürgerschaftliches Engagement unter der Telefonnummer 2 33-4 84 30 gerne für Fragen zur Verfügung.

Einsendeschluss ist der 15. Juni 2012.

Über die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder

Die Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder ist Teil des sozialen Engagements der Schörghuber Unternehmensgruppe. Sie wurde am 26. Juli 1995 auf Initiative von Josef Schörghuber gegründet, der drei Millionen Mark Stiftungskapital zur Verfügung stellte. Der Unternehmer brachte damit seine Verbundenheit gegenüber München und den Münchner Kindern zum Ausdruck. Die Stiftung wird vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München verwaltet. Im Vordergrund steht die Einzelförderung von bedürftigen Kindern und Familien. Die Vergabe der Mittel – seit 1995 wurden rund 2,2 Millionen Euro aus Spenden und Zinserträgen für Maßnahmen verwendet, von denen 65.000 Kinder profitieren konnten – erfolgt über die

Stiftungsverwaltung des Sozialreferats. Weitere Informationen unter *www.muenchnerkinder.de*.
Pressekontakt: Schörghuber Unternehmensgruppe, Bernhard Taubenberger, Leiter Kommunikation & Marketing, Telefon 92 38-2 58, E-Mail: be.taubenberger@sug-munich.com, und Sozialreferat – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Andreas Danassy, Telefon 2 33-2 32 33, E-Mail: sozialreferat.presse@muenchen.de.

Vollversammlung des Behindertenbeirats
(24.4.2012) Am Freitag, 27. April, findet ab 14 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses die Vollversammlung des Behindertenbeirats der Landeshauptstadt München statt. Bürgermeisterin Christine Strobl spricht Grußworte, Thomas Bannasch, Projektleiter des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in München, berichtet von den Ergebnissen des Visionsworkshops zu einer inklusiven Stadtgesellschaft im Sinne der UN-BRK, der am 21. April stattgefunden hat.
In der diesjährigen Vollversammlung wird turnusgemäß der Vorstand des Behindertenbeirats neu gewählt. Der bisherige Vorstand und die acht Facharbeitskreise berichten über ihre Arbeit. Zur künftigen Arbeit können von den Mitgliedern des Behindertenbeirats Anträge gestellt werden, über die die Vollversammlung abstimmt.
Die Versammlung ist öffentlich, der Einlass ist ab 13.30 Uhr. Es stehen Gebärdendolmetscherdienste zur Verfügung.

Sport und Spiel in den Münchner Parks und in der Fußgängerzone: Fest zur Saisoneröffnung
(24.4.2012) Das Referat für Bildung und Sport bietet alljährlich vom 1. Mai bis Ende September in den Münchner Parks und in der Fußgängerzone kostenlose Sport- und Spielaktionen an. Zum Saisonstart lädt das Referat am Sonntag, 29. April, zu einem großen Sport- und Spielfest ein. Im Westpark (zwischen See- und Bayerwaldhaus) stehen von 14 bis 18 Uhr kleine und große Spielgeräte zum Ausprobieren bereit. Das Trainerteam der „Gymnastik zum Mitmachen“ gibt einen Einblick in das Programm „Gymnastik im Park 2012“. Am Informationsstand werden Infos und Tipps über das umfangreiche Sport- und Spielangebot in München angeboten. Feste Bestandteile des städtischen Freiluft-Sportangebots sind:
Gymnastik im Park
Bei schönem Wetter finden im Luitpoldpark, Westpark, Riemer Park sowie im Ostpark.täglich ab 18 Uhr 45minütige Gymnastikeinheiten mit qualifizierten Übungsleiterinnen und Übungsleitern statt. Im vergangenen Som-

mer und lockte die Gymnastik im Park insgesamt rund 31.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die grüne Wiese.

Volleyball im Park

Im Luitpoldpark (montags) und im Westpark (donnerstags) treffen sich ab 18 Uhr die Volleyball-Begeisterten. Ball und Netz sowie Übungsleiter und -leiterinnen stellt das Referat für Bildung und Sport zur Verfügung.

Spielaktionen für die ganze Familie

Für Kinder und Jugendliche sind die sonntäglichen Spielnachmittage im Westpark, Luitpoldpark, Ostpark und Riemer Park bereits Tradition. Zwischen 14.30 und 18 Uhr animieren fachkundige Spielleiterinnen und Spielleiter alle Altersgruppen zum Mitmachen. Hüpfburgen, Kletterturm, Stelzen, Einräder, Geschicklichkeitsparcours und vieles mehr versprechen Spaß an Spiel und Bewegung.

Ebenfalls jeden Sonntag kann man beim Spieleabend in der Fußgängerzone zwischen Richard-Strauß-Brunnen und Michaelskirche von 17 bis 20.30 Uhr seine Geschicklichkeit an anspruchsvollen Spielgeräten testen.

Alle Sport- und Spielaktionen finden nur bei schönem Wetter statt. Weitere Infos zum städtischen Freizeitsport-Programm: *www.sport-muenchen.de* oder telefonisch unter den Rufnummern 44 48 82 87-21 oder 2 33-9 67 77.

Die gedruckten Faltblätter zu den „Spielaktionen" und zur „Gymnastik im Park" liegen kostenlos in der Stadt-Information im Rathaus oder in den Filialen der Stadtsparkasse aus.

Beratungshaus Paul-Heyse 20 am 26. April geschlossen

(24.4.2012) Das Beratungshaus Paul-Heyse 20 des Referats für Gesundheit und Umwelt (Paul-Heyse-Straße 20) ist am Donnerstag, 26. April, aufgrund einer Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganztägig geschlossen. Im Beratungshaus befinden sich die Drogenberatung und Clearingstelle, die Alkohol- und Medikamentenberatung sowie der Sozialpsychiatrische Dienst Stadtmitte. Am Freitag, 27. April, gelten die üblichen Öffnungszeiten. Diese sind:

- Drogenberatung: 9 bis 15 Uhr
- Clearingstelle: 9 bis 12 Uhr
- Alkohol- und Medikamentenberatung: 9 bis 12 Uhr
- Sozialpsychiatrischer Dienst: 9 bis 12 Uhr

Vortrag „Obligatorische Kontrolle in der Gebäudeentwässerung"

(24.4.2012) Abwasserkanäle und Schächte müssen per Gesetz dicht sein, denn andernfalls machen sich Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer strafbar – können doch das Grundwasser oder der Boden verunreinigt werden. Aufgrund der Eigenkontrollverpflichtung der

Entwässerungssatzungen muss in regelmäßigen Abständen ein schriftlicher Nachweis erbracht werden, dass der Kanal dicht ist. Wie man bei der Prüfung vorgehen sollte, erläutert Diplom-Ingenieur und Sachverständiger in der Wasserwirtschaft Boris John am Freitag, 27. April, in der Münchner Volkshochschule Süd (Albert-Roßhaupter-Straße 8) bei einem in Kooperation mit dem Bauzentrum München organisierten Vortrag. Der Eintritt ist kostenlos. Beginn ist um 19 Uhr.
Die Münchner Volkshochschule (MVHS) bietet in Zusammenarbeit mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Bauen, Wohnen und Sanieren" an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und meistens Mitglieder des ehrenamtlichen Beratungsteams im Bauzentrum München.

Projekt „Narration/Affekt/Diskurs" in der lothringer13_halle
(24.4.2012) Vom 26. April bis zum 3. Juni bietet die lothringer13_halle mit dem Projekt „Narration/Affekt/Diskurs" unterschiedliche Zugänge zu der Auseinandersetzung mit dem Thema Videokunst und gibt einen exemplarischen Einblick in die formale sowie inhaltliche Bandbreite der Arbeit mit diesem Medium. Zur Aufführung kommen Filme aus dem Verleih des Video- und Filmkunstarchivs Electronic Arts Intermix (EAI) in New York City. EAI vermittelt und verleiht ein einzigartiges Spektrum aktueller sowie historischer Positionen vornehmlich US-amerikanischer Videokunst. Für „Narration/Affekt/Diskurs" hat EAI eine Auswahl an Videos aus seiner Sammlung zusammengestellt. Exemplarisch wird anhand der Arbeiten von Jaime Davidovich, Harry Dodge und Stanya Kahn, Ken Jacobs, Andrew Lampert, Kristin Lucas, Cynthia Maughan und Jayson Musson die Arbeit von EAI vorgestellt. Die Filmvorführungen werden ergänzt durch Vorträge und Projektpräsentationen.
Zum Auftakt am Donnerstag, 26. April, um 19 Uhr spricht Olaf Stüber über das Projekt „Vidoeart at Midnight". Gemeinsam mit Ivo Wessel gründete er das No-Budget-Projekt: Seit 2008 wird dabei einmal im Monat an einem Freitag um Mitternacht Videokunst im großen Saal des legendären Kinos „Babylon" in Berlin-Mitte gezeigt. Zur Eröffnung hält Felix Ruhöfer, Leiter der lothringer13_halle, eine kurze Begrüßung.
Die Ausstellung ist vom 26. April bis 3. Juni, Dienstag bis Sonntag 11 bis 19 Uhr, in der lothringer13_halle, Lothringer Straße 13, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.
Ausführliche Informationen zum Programm und die weiteren Begleitveranstaltungen unter *www.lothringer13.de/halle.*

Kommunalreferat in eigener Sache

Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken

(24.4.2012) In verschiedenen Münchner Medien wurde in den letzten zwei Tagen ausführlich über ein Prüfungsnotat des Revisionsamtes berichtet, das sich mit Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken befasst. Das Thema wird morgen im Plenum bekannt gegeben. Da hier der Vorwurf im Raum steht, der Stadt München seien Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe entgangen, weil beim Verkauf von mehreren im Erbbaurecht vergebenen Grundstücken, ein zu niedriger Preis angesetzt wurde, nimmt das Kommunalreferat dazu Stellung:

Für den Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken besteht in München kein - im Sinne von Angebot und Nachfrage - existierender Immobilienmarkt. Dies lässt sich bereits daran ablesen, dass im Zeitraum von 2002 bis 2011 in München rund 17.500 Grundstücksverkäufe beurkundet sind, allerdings waren nur 46 davon Erbbaurechtsverkäufe. Das entspricht etwa 0,27 Prozent aller Verkäufe. Um höhere Preise erzielen zu können, muss auch die Nachfrage am Markt dementsprechend sein, was im Falle der Erbbaurechtsverkäufe nicht zutrifft.

Bei den Käufern der mit Erbbaurecht belasteten Grundstücke handelt es sich so gut wie immer um die Erbbaurechtsnehmer selbst. Denn das Erbbaurecht stellt eine Belastung für das Grundstück dar. Je nach Laufzeit des Erbbaurechtsvertrages haben die Erbbaurechtsnehmer zudem schon einen Teil des Bodenwertes über den entsprechenden Anteil am Erbbauzins abgegolten. Hier beim Verkauf nochmals den vollen Verkehrswert des jeweiligen Grundstücks anzusetzen, würde schlicht zu einem „Nichtverkauf“ führen, weil damit der Bodenwert zweimal bezahlt würde; an einem solchen Geschäft hat keiner Interesse.

Im Übrigen ist auf Folgendes hinzuweisen: im Prüfungsnotat wird nicht behauptet, dass die in der Presse genannten Summen der Stadt auch tatsächlich entgangen sind, sondern höhere Erlöse hätten angestrebt werden sollen. Dass das Kommunalreferat gerne höhere Erlöse anstrebt, ist bekannt, man muss aber berücksichtigen, dass dazu auch immer der Partner dazu bereit sein muss.

Die rechtlichen Zusammenhänge des Erbbaurechts und der Bewertung sind äußerst komplex. Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses wird das Kommunalreferat eine entsprechende Vorlage vorbereiten, um in Kürze den immobilienwirtschaftlichen Fachausschuss des Stadtrates, den Kommunalausschuss, mit dem Thema zu befassen. Dabei wird es auch darum gehen, wie man bei den Beschlussvorlagen, die sich

mit der Vergabe von Erbbaurechten befassen, zu noch mehr Transparenz bei der Ermittlung der Verkehrswerte der Grundstücke gelangt. Denn eins ist klar, bei den ohnehin überhitzten Immobilienmarktpreisen in München kann es nicht die Aufgabe der Stadt sein, mit ihren Grundstücksgeschäften die Preise weiter in die Höhe zu treiben.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 24. April 2012

Einsparungen bei städtischen Druckerzeugnissen
Antrag Stadträtin Mechthilde Wittmann (CSU) vom 20.1.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Zu Ihrem Antrag vom 20.01.2012 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Der Vorschlag, bei welchen Leistungen welche Einsparungen realisiert werden können, obliegt zunächst nach dem Grundsatz der dezentralen Ressourcenverantwortung den Referatsleitungen. Dabei ist sicherlich auch zu prüfen, welche Informationen aus fachlicher Sicht notwendigerweise in Form von gedruckten Publikationen an die Öffentlichkeit gegeben werden müssen und wo die Beschränkung auf eine Online-Veröffentlichung zielführend erscheint.

Die von Ihnen in den Punkten 1 bis 4 Ihres Antrags gewünschte umfassende Aufstellung städtischer Druckerzeugnisse nach Referaten gegliedert, entnehmen Sie für das Jahr 2011 bitte den beigefügten Anlagen.

Sie werden dabei feststellen können, dass gerade im Bereich der Broschüren und Flyer in den vergangenen Jahren die Einsparpotenziale bereits weitgehend realisiert worden sind, die sich durch die Möglichkeit ergeben haben, das Internet als alternativen, kostengünstigen Verbreitungskanal zu nutzen. Die Druckerzeugnisse der Stadt werden in aller Regel zum Download bereitgestellt und die Printauflage entsprechend reduziert. Nicht zum Herunterladen zur Verfügung gestellt werden „ungeeignete“ Druckwerke wie Plakate, Einladungskarten, Kalender usw.

Bei der Abwägung, welche Informationen in gedruckter Form und in welcher Auflagenhöhe erstellt werden, muss berücksichtigt werden, dass zahlreiche Druckerzeugnisse unterschiedlichster Zielrichtung – vom Ausstellungskatalog über den Ferienpass bis zum Handzettel mit Anwohnerinformationen – von einer digitalen Fassung nicht adäquat ersetzt werden können. Darüber hinaus akzeptiert der Nutzer auch bei reinen Informationsangeboten häufig die digitale Form nicht als gleichwertigen Ersatz für die Druckfassung. Aus diesem Grund gibt es auch trotz ePaper und eBook nach wie vor die gedruckte Zeitung und das gedruckte Buch.

Insbesondere aber darf nicht vergessen werden, dass selbst Ende 2011 laut den regelmäßig von der Forschungsgruppe Wahlen erhobenen Internet-Strukturdaten 25 Prozent der deutschen Erwachsenen das Internet überhaupt nicht nutzen.

Exemplarisch können die Auswirkungen dieser Rahmenbedingungen an dem vom Presse- und Informationsamt herausgegebenen Behördenführer „München-Handbuch“ dargestellt werden, dessen Inhalte sich besonders gut für eine Internet-Veröffentlichung eignen.

1997, zu Beginn der Internetnutzung durch die Landeshauptstadt München, betrug die Auflage noch 75.000 Stück und wurde in den Folgejahren schrittweise auf 15.000 Stück heruntergefahren. Diese Auflage erwies sich aber dauerhaft als zu niedrig, da der Behördenführer selbst bei jährlicher Neuauflage monatelang vergriffen war – obwohl die enthaltenen Informationen wesentlich umfassender und aktueller bequem über den städtischen Internetauftritt abgerufen werden können. Die Druckauflage wurde deshalb wieder auf 20.000 erhöht, womit die tatsächliche Nachfrage nun weitgehend gedeckt werden kann.

Eine zu starke Absenkung der Druckauflage oder gar ein nur noch digitales zur Verfügung stellen von städtischen Informationen über das Internet würde nicht nur der gesamtstädtischen Zielsetzung einer kundenorientierten und bürgerfreundlichen Verwaltung zuwider laufen, sondern auch eine erfolgreiche städtische Kommunikation erheblich beeinträchtigen.

Diese Auffassung scheint im übrigen auch von der bayerischen Staatsregierung geteilt zu werden: Über das Service-Center auf bayern.de können aktuell 842 Broschüren der Staatsregierung bezogen werden.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Die Anlagen können im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat“ auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 24. April 2012

Senkung der laufenden Kosten, insbesondere der Energiekosten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Hans Dieter Kaplan, Christian Müller, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Organisationsuntersuchung im Referat für Bildung und Sport optimieren und beschleunigen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Hans Dieter Kaplan, Christian Müller, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Vergabe von Sicherheitsleistungen für Großveranstaltungen in der LH München, insbesondere für das Oktoberfest
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Informationsmöglichkeiten über Überdiagnosen bei Brustkrebs
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Mehr Transparenz bei der Bearbeitung und Veröffentlichung von Anträgen und Anfragen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Projekt LIMUX I – Sachdarstellung und Herstellung von Transparenz bei den Kosten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Projekt LIMUX II – Sachdarstellung und Herstellung von Transparenz bei der Organisation
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Projekt LIMUX III – Sachdarstellung und Herstellung von Transparenz bei der Projektierung
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter; **Ursula Sabathil**: Ursula Sabathil.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD - Stadtratsfraktion **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste**

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Birgit Volk
Beatrix Zurek
Hans Dieter Kaplan
Christian Müller
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

Jutta Koller
Sabine Krieger
Dr. Florian Roth
Stadtratsmitglieder

24.04.2012

Senkung der laufenden Kosten, insbesondere der Energiekosten

Antrag:

Die Stadtverwaltung, insbesondere das Kommunalreferat, das Baureferat und das Referat für Bildung und Sport, überprüft systematisch, in welchen Gebäuden und Einrichtungen mit gezielten Investitionen laufende Kosten, insbesondere Energiekosten, eingespart werden können. Strategisches Ziel sind Lösungen, bei denen der Aufwand und der langfristige Ertrag in einem guten wirtschaftlichen Verhältnis stehen.

Auch bei laufenden Investitionen sollen energetische Optimierungen, die die Wirtschaftlichkeit erhöhen, beachtet werden. Dabei ist auch auf einen bewussten Umgang mit dem Energieverbrauch hinzuwirken.

Begründung:

Über die festgelegten Einsparziele der Haushaltskonsolidierung hinaus stimmte der Stadtrat bereits der Zuschaltung weiterer Mittel in Form von Sonderprogrammen zu, wenn Handlungsbedarf bestand, zum Beispiel bei den teilweise stark sanierungsbedürftigen sanitären Anlagen in Münchner Schulen. Im Hinblick auf den Konsolidierungsbedarf in allen Bereichen ist es daher sinnvoll, nun auch zu prüfen, ob mit gezielten zusätzlichen Investitionen im Rahmen eines weiteren Sonderprogramms die laufenden Kosten im Verbrauch und Unterhalt nachhaltig reduziert werden können. Die Prüfung soll die wirtschaftlichsten Ergebnisse darstellen. Dies umfasst eine Gegenüberstellung der Investitionshöhe und der Höhe der künftigen Einsparungen bei den laufenden Betriebskosten. Bei der energetischen Optimierung sind unterschiedliche Energiepreisszenarien zu beachten.

gez.
Birgit Volk
Beatrix Zurek
Hans Dieter Kaplan
Christian Müller
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

Jutta Koller
Sabine Krieger
Dr. Florian Roth
Stadtratsmitglieder

Fraktion
Die Grünen – rosa liste

SPD
Stadtratsfraktion

München, den 24.04.2012

Antrag:

Organisationsuntersuchung im Referat für Bildung und Sport optimieren und beschleunigen

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Referat für Bildung und Sport führt eine Organisationsuntersuchung wie folgt durch:

1. Es wird ein externes Gutachten über mögliche Optimierungsmöglichkeiten der Strukturen und Prozessabläufe im Referat für Bildung und Sport eingeholt.
2. Dieses Gutachten berücksichtigt vor allem folgende Bereiche des Referats:
   2.1 Die Struktur der Fachabteilungen
   2.2 Das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB)
   2.3 Das Sportamt
   2.4 Das Pädagogische Institut
   2.5 Die pädagogischen Querschnittsbereiche wie das Kommunale Bildungsmanagement (KB) und den Bereich Planung, Koordination, Controlling (PKC)
3. Besonderes Augenmerk der Untersuchung wird weiterhin darauf gelegt, wie zentrale Prozesse im Referat für Bildung und Sport gestaltet werden können damit Parallelstrukturen und Parallelarbeit vermieden werden und mögliche Schnittstellen und Synergieeffekte möglichst effizient genutzt werden. Grundsätzlich wird eine ressourcensparende Organisationsstruktur angestrebt.
4. Das Gutachten wird im Jahr 2012 sobald wie möglich begonnen und bis Mitte 2013 abgeschlossen um schnellstmögliche Konsequenzen zu ermöglichen.

Begründung:

Das Referat für Bildung und Sport ist mit den unterschiedlichsten Aufgaben in pädagogischen, sportlichen, planerischen, baulichen und auch IT-technischen Bereichen befasst und muss hier eine große Vielfalt an Arbeit innerhalb von oftmals knappen Zeitressourcen bewältigen. Um Verfahrensabläufe zu beschleunigen, Kommunikationswege zu straffen und Verwaltungsvorgänge zu optimieren bietet sich das Werkzeug einer Organisationsuntersuchung an, um das Referat auf Herz und Nieren zu prüfen. Dies dient einerseits den Beschäftigten des Referats, da hierdurch Arbeitsbelastungen, die vermeidbar sind, festgestellt und verändert werden können, als auch der gesamten Wirksamkeit des Referats, da die Funktionsweise von

Abläufen überprüft wird und der gesamte Arbeitsablauf effizienter gesteuert werden kann.
Bezogen auf die Aufgaben, die im Querschnitt mit anderen Referaten liegen, kann durch diese Analyse eine verbesserte Nutzung von Schnittstellen und das Vermeiden von Doppelstrukturen aufgezeigt werden.
Durch die Vielzahl der anstehenden Projekte im baulichen Bereich ist es angesagt, die Strukturen hier genau zu überprüfen, um die beteiligten Mitarbeiter nicht zu überlasten und um die Vorhaben so zügig als möglich anzugehen, womit Verzögerungen vermieden werden können.
Des Weiteren soll die Untersuchung einer Analyse von möglichen Synergieeffekten zwischen den einzelnen Abteilungen des Referats und zwischen dem Referat und anderen Organisationseinheiten deutlich machen. Vor dem Hintergrund des 6ten Haushaltssicherungskonzepts ist dies von großer Bedeutung, da eine Reduzierung von Doppelstrukturen auch zur Einsparung von Kosten führen kann.

Fraktion Die Grünen – rosa liste	SPD-Fraktion
Initiative:	
Jutta Koller Sabine Krieger Dr. Florian Roth	Birgit Volk Beatrix Zurek Hans Dieter Kaplan Christian Müller Verena Dietl
Mitglieder des Stadtrats	Mitglieder des Stadtrats

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Johann Altmann
Ursula Sabathil

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 23. April 2012

ANFRAGE

Vergabe von Sicherheitsleistungen für Großveranstaltungen in der LH München, insbesondere für das Oktoberfest

Nach den Ereignissen bei der Love Parade in Duisburg wurde erstmals 2011 für das Oktoberfest gem. §43 VersammlungsstättenVO ein Ordnungsdienstleiterkonzept erstellt. Der Auftrag für den Ordnungsdienstleiter wurde seinerzeit nach mir vorliegenden Informationen an die Firma IBS aus München vergeben und diese hatte die Aufgabe wohl auch nach voller Zufriedenheit der Verantwortlichen durchgeführt.

Für das kommende Oktoberfest 2012 sollen meinen Informationen zufolge diese Leistungen trotz der guten Erfahrungen mit dem letztjährigen Dienstleister und seinem bewährten Konzept nun plötzlich durch eine in Frankfurt ansässige Firma erbracht werden. Die Gewährleistung der Sicherheit auf dem größten Volksfest der Welt bedarf sicherlich sowohl erfahrener als auch leistungsfähiger Dienstleister. Die Vorgänge um die Vergabe dieser Sicherheitsleistungen werfen jedoch zahlreiche Fragen auf, die schnellst möglich sowohl im Sinne der Betroffenen als auch insbesondere mit Blick auf die Teilnehmer am Oktoberfest geklärt werden sollten.

Daher frage ich den Herrn Oberbürgermeister:

1. Welche Anforderungen galten 2011 für die Vergabe des Ordnungsdienstleiterkonzeptes und des Ordnungsdienstleiters?
   a) Wie erfolgte diese Vergabe, z.B.durch freihändige Vergabe oder ein Ausschreibungsverfahren?
   b) Wer erhielt seinerzeit den offiziellen Zuschlag, welche weiteren (Unter-) Auftragsnehmer waren daran beteiligt und wie waren die Erfahrungen der zuständigen Verantwortlichen damit?

...

2. Nach welchen Kriterien und mit welchem Verfahren erfolgt die Vergabe der o.g. Dienstleistungen für das Oktoberfest 2012?
3. Wie sind generell die Sicherheitsauflagen für Großveranstaltungen in der LH München geregelt?
   a) Welche Kriterien gelten dabei allgemein für Dienstleister?
   b) Wie ist die Vergabe an solche Dienstleister geregelt?

gez.

Johann Altmann
e.a. Stadtrat LH München

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Ursula Sabathil
Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 23. April 2012

ANTRAG

Informationsmöglichkeiten über Überdiagnosen bei Brustkrebs

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

Dem Stadtrat wird dargestellt, auf welche Weise Münchnerinnen darüber informiert werden können, wie und dass Mammographie durchaus auch zu Überdiagnosen und damit zu vermeidbarem Leid führen kann.

Begründung:

Wie in der SZ vom 4.4.2012 dargestellt, wird in etlichen Ländern, darunter auch Deutschland, Frauen zwischen 50 und 69 Jahren empfohlen, regelmäßig an Früherkennungstests auf Brustkrebs teilzunehmen.

Diese Untersuchung im Abstand von zwei Jahren steht allerdings in der Kritik, denn immer wieder werden dabei Tumore übersehen – oder die Mammographie deckt Krebsformen auf, die sich nie bemerkbar gemacht hätten, in der Folge aber trotzdem behandelt werden. Diese Überdiagnosen bringen Frauen aber keine Vorteile, sondern zusätzliches Leid durch weitere Diagnostik und Therapie. Bei immerhin 15 bis 25 Prozent aller Brustkrebsdiagnosen könnte es sich um diese Form von Fehlalarm handeln, schätzen Harvard-Mediziner im Fachblatt Annals of Internationnal Medicine.(Bd. 156, S., S. 491, 2012)

Die Mammographie sei vermutlich für ein Screening wie es z. B. in Norwegen existiert, nicht geeignet, da man dabei kaum zwischen aggressiven und harmlosen Tumoren unterscheiden kann. Radiologen erkennen aber jede auch noch so kleine Veränderung.

Für Frauen wird eine Krebsdiagnose auch dann zum Problem, wenn anschließend gar keine Symptome auftreten. Ihr Immunsystem wird dadurch oft so geschwächt, dass sie anfällig für alle

...

möglichen Krankheiten sind, absurderweise auch für einen Krebs, den sie sonst möglicherweise gar nicht bekommen hätten.

Nur eine Frau von 2500 – so die Mediziner - wird durch Screening vor dem Krebstod bewahrt, aber sechs bis zehn werden überdiagnostiziert und operiert, bestrahlt oder mit Chemotherapie behandelt, ohne Vorteile davon zu haben.

„Wir müssen Frauen auf dieses Problem hinweisen!“, fordern die Krebsexpertinnen Elmore und Suzanne Fletcher. „Nur, weil es heikel ist, über die Schäden zu reden, dürfen wir das Thema nicht verschweigen!“

gez.

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Johann Altmann
Ursula Sabathil

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

München, 23. April 2012

ANTRAG

Mehr Transparenz bei der Bearbeitung und Veröffentlichung von Anträgen und Anfragen

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

Um mehr Transparenz bei der Bearbeitung und Veröffentlichung von Anträgen und Anfragen zu gewährleisten, werden folgende allgemein verbindliche Verfahren und Maßnahmen für die LH München eingeführt:

1. In der Rathausumschau und den weiteren entsprechenden Publikationen und Plattformen (RIS, digitale Informationen, etc.) sind grundsätzlich alle Anfragen und Anträge zeitnah, d.h. idealerweise am selben Tag oder spätestens am direkt darauffolgenden nächsten Werktag, zur Einreichung bzw. der Bearbeitung einzustellen.
2. Bei Anfragen als auch Anträgen ist dabei der komplette Text einzustellen; ggf. notwendige redaktionelle Bearbeitungen oder auch Kürzungen sind dabei ohne ausdrückliche Zustimmung des Antragsstellers unzulässig.
3. Gleiches soll für die Antworten auf Anfragen gelten.
4. Bei Anträgen wird der weitere Fortgang des Verfahrens in der Rathausumschau dargestellt, d.h. entweder durch Verweis und Nennung der entsprechenden Sitzungsvorlagen, die sich mit dem Antrag befassen; bei Nicht-Aufnahme in eine Sitzungsvorlage ist der entsprechende Schriftsatz darzulegen.

Begründung:

Immer wieder ist festzustellen, dass Anfragen oder Anträge nur mit Verzögerungen in der Rathausumschau veröffentlicht werden. Diesbezüglich scheinen auch keine verbindlichen Regelungen zu gelten, sondern vielmehr, wie mir auf Nachfrage bestätigt wurde, werden

...

offenbar teils Kriterien wie Tagesmenge, Häufigkeit u.ä. bei der Wahl des Veröffentlichungszeitpunktes zugrunde gelegt . Daher ist hier m.E. schon allein aus Gründen der Gleichbehandlung dringend Handlungsbedarf für verbindliche Vorgaben an die Verwaltung gegeben.

Besonders bei Anfragen kommt es zudem häufiger vor, dass Anlagen seitens der Verwaltung ohne weitere Begründung oder Rücksprache bei der Veröffentlichung in der Rathausumschau ersatzlos weggelassen werden oder ein lapidarer Verweis auf Übersendung bei Bedarf oder das RIS statt dessen vorgenommen wird. Diese Praxis ist m.E. komplett einzustellen, da grundsätzlich jedwede Form redaktioneller Bearbeitung oder gar Zensur bei der Veröffentlichung von Anfragen und Anträgen e.a. Stadträte zu unterbleiben hat. Sollte es Zweifel z.B. hinsichtlich des Urheberrechts von Inhalten oder Anlagen geben, kann dies m.E. vorab per Rückfrage mit dem Antrags-/Fragesteller geklärt werden; dies gilt analog für sehr umfangreiche, v.a. grafische oder bildliche Anlagen, bei denen ggf. ebenfalls nach Rücksprache durchaus eine verkleinerte Version oder auch der Verweis auf elektronisch verfügbare Dokumente eingestellt werden könnte.

Auch die Antwort auf Anfragen hat entsprechend zeitnah nach Herausgabe, d.h. idealerweise am gleichen Tag oder spätestens am nächsten darauf folgenden Werktag, veröffentlicht zu werden.

Schließlich sollte zur besseren Nachvollziehbarkeit auch bei Anträgen eine Veröffentlichung zur weiteren Verarbeitung in der Rathausumschau erfolgen. Zum einen passiert es nicht selten, dass ein Antrag Monate oder gar Jahre zurückliegt, bis er in einer Sitzungsvorlage aufgegriffen wird, zum anderen erfolgt bei „abgelehnten“ Anträgen keinerlei Information mittels Rathausumschau an die Öffentlichkeit seitens der Stadtverwaltung.

Die Stadt München hat sich insgesamt zu weitreichender Transparenz ihres Verwaltungsbetriebs verpflichtet. Diese Transparenz sollte insbesondere auch hinsichtlich einer zeitnahen und umfassenden Information der Öffentlichkeit zu den Anliegen der e.a. Stadträte gelten. Daher sollten auch für diesen Bereich allgemein verbindliche Regelungen seitens des Stadtrates getroffen werden.

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

gez.

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Johann Altmann
Ursula Sabathil

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

München, 23. April 2012

ANTRAG

Projekt LIMUX I – Sachdarstellung und Herstellung von Transparenz bei den Kosten

Dem Stadtrat wird schnellst möglich ein umfassender Bericht vorgelegt wie sich die tatsächlichen Kosten der Migration auf das System LIMUX in der LH München seit Projektstart darstellen.

Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Sämtliche kumulierten Kosten des Projektes LIMUX hinsichtlich der
   a) Neu- und Ersatzbeschaffung von IT-Hardware,
   b) Neu- und Ersatzbeschaffung von Software,
   c) neu geschaffener oder anders gruppierter Dienstposten, d.h. projektbezogene bzw. durch das Umstellungsprojekt verursachte Personalkosten
2. Ein transparenter Kostenvergleich mit vergleichbaren Alternativsystemen (Windows-Varianten) hinsichtlich
   a) betriebssystembedingter Kosten, wie spezielle Software-Lizenzen, Wartungskosten, Hardware-Beschaffung sowie
   b) unspezifischer Bestandteile für auf LIMUX wie auch für Alternativsysteme gleichermaßen anfallender Kosten.

Begründung:

In einer kürzlich auf dem IT-Portal GOLEM.de veröffentlichten „Jubelmeldung“ (www.golem.de vom 23.03.2012, „OB Christian Ude: München spart mit Limux Geld und hat weniger Störungen“ – http://www.golem.de/news/ob-christian-ude-muenchen-spart-mit-limux-geld-und-hat-weniger-stoerungen-1203-90821.html) wird die Umstellung auf das System LIMUX aufgrund von

...

Kostenspareffekten und einer vorgeblich geringeren Störanfälligkeit als umfassender Erfolg für die LH München gefeiert. Allein bei Office-Softwarekosten hätte man, so ist auch der Antwort auf eine jüngste Stadtratsanfrage zu dem Thema zu entnehmen, über die Jahre bei gleichen oder besseren Leistungen gegenüber dem Alternativsystem Windows mehrere Millionen Euro eingespart.

Die auf den ersten Blick ausführliche Antwort lässt jedoch zum wiederholten Mal völlig offen, inwieweit dies z.B. kumulierte Gesamtprojektkosten, nur im laufenden Haushalt wirksame Kosten oder systemspezifisch durch LIMUX verursachte oder gesparte Kosten sind. Denn inwieweit beispielsweise extra für Windows andere Office-Softwarekosten anfallen als unter LIMUX erschließt sich überhaupt nicht, da m.E. die Openoffice-Software sowohl unter Linux wie auch auf allen Windows-Systemen gleichermaßen verfügbar wäre und wohl teilweise sogar bereist unter Windows im Einsatz war. Auch Schulungskosten, IT-Management oder Hardwarebeschaffung sollen wesentlich günstiger gewesen sein, ohne dass dies näher ausgeführt wird.

In zahlreichen Leserreaktionen zu dem zitierten Beitrag werden u.a. o.g. Aspekte zur Kostenberechnung als „unseriös“, „Schönrechnerei“ und v.a. weitgehend intransparent kritisiert.

Zudem sind aus diversen städtischen Referaten der LH München teils erhebliche Probleme und auch kostenrelevante „Negativ-Effekte“ bekannt, die wohl entweder seitens der Stadtführung nicht oder nur unzureichend zur Kenntnis genommen und daher auch seit Jahren nicht abgestellt werden.

Es stellt sich daher die Frage, ob der OB ggf. von seinen unterstellten Bereichen unzureichend oder gar falsch unterrichtet wird. Denn insgesamt muss man den Eindruck gewinnen, dass der unbedingte Erfolg dieses Projektes, koste es was es wolle, sicherzustellen ist und organisatorisch negative sowie v.a. kostensteigernde Aspekte seitens der Verantwortlichen bewusst verdrängt oder gar fahrlässig versteckt werden.

Da es sich bei diesem Projekt aber um ein nicht nur in der Öffentlichkeit sensibel wahrgenommenes Thema sondern v.a. um zentrale Schlüsselfunktionen handelt, die die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der gesamten Stadtverwaltung betreffen, ist es mehr als überfällig hier weitgehende Kostentransparenz herzustellen. Denn Beispiele aus anderen Behörden oder Städten zeigen, dass solche Migrationen auch nach einem erheblichen Kostenaufwand in eine Sackgasse führen können und dann notfalls – natürlich auf Kosten der Steuer- und Gebührenzahler – eingestellt werden müssen.

gez. gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Johann Altmann
Ursula Sabathil

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

München, 23. April 2012

ANTRAG

Projekt LIMUX II – Sachdarstellung und Herstellung von Transparenz bei der Organisation

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

Dem Stadtrat wird schnellst möglich ein umfassender Bericht vorgelegt wie sich die Organisation der Informationstechnik im Rahmen der Migration auf das System LIMUX in der LH München seit Projektstart geändert hat. Insbesondere darzulegen sind:

1. Wie hat sich die IT-Organisation im Rahmen der Umstellung mittlerweile gegliedert?
   a) Wie stellt sich diese Organisation derzeit generell dar?
   b) Welche Organisationsbereiche sind direkt bei der LH München, welche bei Eigenbetrieben / Kommunalgesellschaften und welche bei externen Dienstleitern dauerhaft oder auch nur temporär angesiedelt?
2. Wie sind die Schnittstellen zu den Referaten und Fachabteilungen gestaltet hinsichtlich
   a) der personellen und fachlichen Ausgestaltung sowie
   b) der organisatorischen Einbindung?
   c) Wie ist generell die Betreuung der Anwender und Nutzer organisiert?
   d) Wie ist eine zeitnahe und umfassende Rückkopplung seitens der Anwender an die Projektorganisation geregelt?

Begründung:

U.a. wird aus mehreren Berichten – auch seitens mittlerweile hinzugezogener externer Berater – zum Projektfortschritt wird deutlich, dass es über Jahre erhebliche Engpässe bei der Gewinnung

...

notwendigen Fachpersonals gab und vermutlich auch weiterhin gibt, wie aktuelle Stellenausschreibungen aus diesem Bereich vermuten lassen.

Desweiteren wird in den entsprechenden Kontroll- und Fortschrittsberichten ebenfalls immer wieder darauf hingewiesen, dass es erhebliche Mängel v.a. bei der internen Kommunikation gibt, die zu andauernden erheblichen Schieflagen und Behinderungen im Projektfortgang führen.

Schließlich ist vereinzelt aus Fachreferaten zu erfahren, dass u.a. entsprechende Anwenderbetreuer primär mit einer dem Fachreferat entsprechenden Qualifikation und Stellendotierung ausgeschrieben und besetzt werden, jedoch nicht zwangsweise daher die entsprechende IT-Qualifikation ausweisen.

Mit Ausgründung der IT-Gesellschaft drängt sich der Verdacht auf, dass Probleme künftig noch mehr ausgelagert und der direkten Kontrolle und dem direkten Einblick des Stadtrats entzogen werden. Zudem haben die o.g. Mängel in der Organisation bereits zu erheblichen, vermutlich auch kostenrelevanten Problemen bei der Migration geführt, die geeignet sind die Gesamtstrategie zu hinterfragen.

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

gez.

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Johann Altmann
Ursula Sabathil

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
ursula.sabathil@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

München, 23. April 2012

ANTRAG

Projekt LIMUX III – Sachdarstellung und Herstellung von Transparenz bei der Projektierung

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

Dem Stadtrat wird schnellst möglich ein umfassender Bericht vorgelegt wie sich der weitere Projektverlauf der Migration der IT-Landschaft der LH München insgesamt darstellt.

1. Die bislang unregelmäßig erfolgten Sachstandsberichte zur Migration der IT der LH München erfolgt künftig jährlich in Form eines durch externe Gutachter bewerteten Fortschrittsberichts.
2. Dieser umfasst sowohl Einzelaufstellungen zu den jeweiligen Migrationsbereichen hinsichtlich
   a) der technisch-organisatorischen Umsetzung
   b) der Zeitschiene und
   c) der Kostenentwicklung inklusive Aufstellungen aller Maßnahmen und Gegenüberstellung zu den ursprünglich geplanten Kosten.

Begründung:

Die Bildung eines eigenen Ausschusses zu den IT-Angelegenheit der LH München macht die strategische Bedeutung dieses Bereichs der Stadtverwaltung und Organisation deutlich.

Daher ist es zur Beurteilung der Gesamtentwicklung sowohl technisch-organisatorisch wie aber v.a. hinsichtlich der Kostenentwicklungen zwingend erforderlich regelmäßig entsprechend fundierte Sachstandsberichte dem Stadtrat und den Bürgern vorzulegen.

gez.
Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

gez.
Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin